

IM FADENKREUZ
DER GROSSMÄCHTE

DIE GEOPOLITIK DER GOLFREGION

Gerhard Wahlers (Hrsg.)

IM
PLENUM

ISBN 978-3-940955-03-6

www.kas.de

Bei den hier abgedruckten Beiträgen handelt es sich um überarbeitete Reden, die im Rahmen der Tagung „Im Fadenkreuz der Großmächte: Die Geopolitik der Golfregion“ am 15. Oktober 2007 gehalten wurden.

REDAKTION:

Dr. Ingo Wetter
Freier Journalist

Dr. des. Steffen Erdle
Länderreferent im Regionalteam Afrika/Naher Osten,
Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit,
Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin

BILDNACHWEIS:

Seite 4: www.homepagez.com
Seiten 6, 16, 21: Ingo Wetter
Seiten 12, 50: Katja Niethammer

© 2008, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin
Alle Rechte vorbehalten.
Trotz sorgfältiger Recherche konnten nicht alle Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Sofern Sie eine Inhaberschaft nachweisen, erhalten Sie ein angemessenes Honorar.
Nachdruck, auch auszugsweise, allein mit Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung.
Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Satz: workstation gmbh, produktionsservice für analoge & digitale medien, Bonn
Druck: Druckerei Franz Paffenholz GmbH, Bornheim.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-940955-03-6

INHALT

- 5 | EINLEITUNG
Ingo Wetter
- 7 | **TEIL I**
STRUKTUREN, PROZESSE UND AKTEURE
- 9 | CHANCEN UND GRENZEN POLITISCHER REFORMEN
IN DEN GKR-STAATEN
Katja Niethammer
- 15 | DAS WIRTSCHAFTLICHE POTENZIAL UND DIE
ZWISCHENSTAATLICHEN BEZIEHUNGEN DER
GKR-STAATEN
Eckart Woertz
- 23 | PERSPEKTIVEN DER WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN
ZWISCHEN DEUTSCHLAND UND DEN GKR-STAATEN
Hans-Leopold von Winterfeld
- 29 | **TEIL II**
STRATEGIEN, INTERESSEN UND OPTIONEN
- 31 | ENERGIEAUSSENPOLITIK DER USA:
DIE ROLLE DER GOLDFREGION
Josef Braml
- 39 | ASIEN UND DER NAHE UND MITTLERE OSTEN:
WIRTSCHAFTLICHE UND ENERGIEINTERESSEN
Hanns Günther Hilpert
- 47 | ZIELSETZUNGEN UND HANDLUNGSOPTIONEN DER
DEUTSCHEN UND EUROPÄISCHEN AUSSENPOLITIK
GEGENÜBER DER GOLDFREGION
Joachim Hörster
- 51 | ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK
Ingo Wetter
- 57 | HERAUSGEBER, AUTOREN UND REDAKTEURE

EINLEITUNG

Ingo Wetter

Die Mitgliedstaaten des Golfkooperationsrates (GKR) Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und Vereinigte Arabische Emirate (VAE) stehen zunehmend im Mittelpunkt internationaler Aufmerksamkeit. Zentrale sicherheits-, energie- und handelspolitische Interessen der Weltpolitik kreuzen und überlagern sich auf engstem Raum in vielfältiger Weise. Zugleich befinden sich die Staaten der Golfregion selbst in einem tiefgreifenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbruch, der wiederum aufs Engste mit Entwicklungen auf regionaler und internationaler Ebene verknüpft ist. Dies wurde auf der Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung „Im Fadenkreuz der Großmächte: Die Geopolitik der Golfregion“ am 15. Oktober 2007 in Berlin thematisiert.

Drei große Leitfragen sollten diskutiert werden. (1) Welche Wechselwirkungen gibt es zwischen Strategien und Interessen interner und externer Akteure? (2) Welche Auswirkungen haben sie auf die internationale und insbesondere die europäische Politik? (3) Welche Handlungsoptionen ergeben sich daraus für die deutsche und die europäische Außenpolitik?

Im Rahmen dieser Fragestellungen wurden im ersten Block Strukturen, Prozesse und Akteure vorgestellt, im zweiten auf Strategien, Interessen und Optionen eingegangen. Besucht haben die Konferenz neben namhaften Referenten viele Experten und hochrangige Vertreter, sowohl der nördlichen, als auch der südlichen Anrainer des Golfes.

Der stellvertretende Leiter der Hauptabteilung für Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung, Frank Spengler, betonte in seinen einleitenden Worten, dass die Einladung zur Diskussion an alle Beteiligten ergehe. Gemeinsam wolle man hinterfragen, was notwendig sei, was geleistet werden könne und worauf geachtet werden müsse.





Teilnehmer der Konferenz

Dr. Franz Schoser, Vorstandsmitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung, wies zusätzlich auf die zentrale Bedeutung der Golfstaaten für die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten hin. Sie seien bisher immer verlässliche Lieferanten von Energieträgern gewesen, wobei sich die Zusammenarbeit jedoch schon lange nicht mehr darauf

beschränke. Inzwischen hätten sich die Golfstaaten zu wichtigen strategischen Partnern der westlichen Welt entwickelt. Hier sieht Dr. Schoser eine nachhaltige Verschiebung der Parameter: Die ständig wachsende Nachfrage nach fossilen Brennstoffen habe die Schlüsselposition der Golfstaaten verstärkt und in direkter Abhängigkeit zeige die Binnenentwicklung der Staaten eine Eigendynamik, bei der Finanzmärkte und Investitionen eine große Rolle spielen. Der Handel werde als Geschäftsfeld wiederentdeckt, der Tourismus entwickle sich auf unterschiedlichem Niveau und die Wahrnehmung der geostrategischen Lage Sorge für ein wachsendes Selbstbewusstsein.

Allerdings seien diese Entwicklungen von Auseinandersetzungen auf unterschiedlichen Ebenen begleitet. Wirtschaftlich spiele die Frage der Energiereserven eine wichtige Rolle, innenpolitisch sei das Verhältnis religiöser Gruppierungen wie beispielsweise von Sunniten und Schiiten in vielen Bereichen prägend. Dies habe Auswirkungen in der Sicherheits-, der Wirtschafts- und der Energiepolitik. Zu beobachten sei, dass die Politiken der Europäischen Union kaum auf die sich teilweise drastisch verändernden Parameter reagierten. Unverständlich sei, dass die Staaten östlich Jordaniens weder Bestandteil der Euro-Mediterranen Partnerschaft noch der EU-Nachbarschaftspolitik seien. Der 2004 unternommene Versuch einer „Strategischen Partnerschaft“ mit den Staaten der Region werde nicht weiter verfolgt. Die Verhandlungen über eine Freihandelszone zwischen der EU und dem GKR stagnierten seit Jahren. Auch für die deutsche Politik sei keine formulierte Zielsetzung gegenüber der Golfregion zu bemerken. Wichtige Gründe für die KAS, die Entwicklungen in der Golfregion zu analysieren und ihre Bedeutung für die deutsche Politik und insbesondere für die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung zu diskutieren.

TEIL I: STRUKTUREN, PROZESSE UND AKTEURE

CHANCEN UND GRENZEN POLITISCHER REFORMEN IN DEN GKR-STAATEN

Katja Niethammer

Sprach man früher über die Staaten des Golfkooperationsrats (GKR), ging es vorwiegend um die Bedeutung der lokalen Ölvorräte und das Konfliktpotential der Region. In den letzten Jahren kam für politische Entscheidungsträger ein weiterer Aspekt hinzu: eine größere politische Dynamik und Reformbereitschaft als in anderen Staaten der arabischen Welt. Ausdruck hierfür sind bereits abgehaltene Parlamentswahlen in einigen GKR-Staaten.

Vor kurzem galten Monarchien, in denen der Monarch tatsächlich regiert, als extrem rückschrittlich. Um so mehr überraschte es, als arabische Monarchien – wie in Jordanien, Marokko und den kleineren Golfstaaten – begannen, ihre politischen Systeme zu öffnen. Eine Erklärung hierfür ist, dass es Monarchien leichter hätten, politische Reformen durchzuführen. Die Position des Staatsoberhauptes steht nicht zur Disposition, und es gelingt den Monarchen, eher eine Moderatorenposition einzunehmen.

Gleichzeitig zeigt sich, dass sich die Golfmonarchien in der Legitimität der herrschenden Familien unterscheiden. In Staaten, deren Bürger vornehmlich tribal organisiert sind, wie in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) und in Katar, sind die herrschenden Familien den Gesellschaften

„organischer“ verbunden. Sie haben daher kaum mit Legitimitätsproblemen zu kämpfen. Anders verhält es sich mit den herrschenden Familien Bahrains und Saudi-Arabiens: dort werden die Königsfamilien als Konfliktpartei, nicht als „Moderatoren“ begriffen. Teile der Bevölkerung sehen die Königsfamilien als letztlich illegitime Herrscher an.

Für die letztgenannten Staaten birgt eine politische Liberalisierung Gefahren, aber auch Chancen in sich. Einerseits können parlamentarische Beteiligungsmöglichkeiten die Legitimitätsbasis der herrschenden Familien verbessern, andererseits kann sich die Opposition positionieren.

Allen GKR-Staaten ist gemeinsam, dass – anders als in anderen arabischen Monarchien – Mitglieder der Herrscherfamilien alle wichtigen Regierungspositionen monopolisieren. Gewöhnlich besteht bis zur Hälfte des Kabinetts aus deren Angehörigen. Sie haben nicht nur ein klares politisches, sondern auch ein massives ökonomisches Interesse daran, aktiv zu regieren. Forderungen nach Entwicklung hin zu einer konstitutionellen Monarchie nach europäischem Modell werden so effektiv blockiert.

DIE POLITIKFELDER

In den einzelnen Staaten konzentrieren sich die Reformen auf Politikfelder, die keine politische Partizipation im engeren Sinne fördern. Reformen, die politischen Pluralismus erhöhen, die Zivilgesellschaft entwickeln helfen sowie Institutionen für politische Partizipation etablieren, werden in den GKR-Staaten sehr unterschiedlich gehandhabt. Gleiches gilt für bürgerliche Rechte wie Meinungs-, Versammlungs-, Vereinigungsfreiheit sowie für Rechtssicherheit.

Innerhalb der GKR-Staaten lassen sich grob gesprochen zwei Staatengruppen unterscheiden: solche, die nur relativ geringe politische Rechte einräumen, wie Oman, Saudi-Arabien und die VAE, und solche, die – auch im gesamtarabischen Vergleich – recht weitgehende politische Rechte gewähren, wie Bahrain und Kuwait.

1. Länder mit eingeschränkten politischen Rechten

In Saudi-Arabien, Katar, dem Oman und den VAE sind die Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Betätigung stark eingeschränkt. Frauenverbände und Menschenrechtskommissionen sind staatlich organisiert, Demon-

strationen verboten und politische Parteien illegal. Die Staaten tendieren dazu, sich mit symbolischer Politik den Anstrich von Reformfreude zu geben. So wurden im Oman und in den VAE zwar Frauen mit Ministerämtern bedacht – was jedoch nicht darüber hinwegtäuschen sollte, dass dies politische Partizipation per se nicht erweitert.

Mittlerweile haben alle Staaten dieser Gruppe Wahlen zu parlamentsartigen Gremien durchgeführt, sei es auf nationaler und/oder kommunaler Ebene (wie z.B. in Saudi-Arabien). Die Befugnisse dieser gewählten Gremien sind jedoch eng beschränkt. Weder in den VAE, noch im Oman, noch in Saudi-Arabien haben gewählte Amtsträger legislative Funktionen. Sie haben zudem keinerlei Mitspracherecht hinsichtlich der Zusammensetzung der Exekutive. Die Kammern dienen allein der Diskussion von Regierungsvorlagen und – wenn auch in sehr eingeschränktem Maß – der Überwachung der Regierungsführung. So können Abgeordnete im Oman ihre Minister zwar befragen, allerdings nicht zu sensiblen Themen wie Außen- oder Sicherheitspolitik. Hinzu kommt, dass die Regime nicht alle Bürger wählen lassen: In Saudi-Arabien waren nur Männer wahlberechtigt; in den Emiraten ernannte die Regierung ein Wahlkollegium, das weniger als ein Prozent der Staatsbürger umfasste; und in Dubai wurden Migranten, deren Anteil an der Bevölkerung auf fast 90 Prozent geschätzt wird, erst gar nicht zu Wahlen zugelassen.

2. Länder mit zunehmender parlamentarischer Partizipation

In Bahrain und Kuwait verfügen die Bürger dagegen über weitergehende politische Rechte. Hier existiert eine vergleichsweise lebhaftere Zivilgesellschaft, in der NROs legal agieren können. Demonstrationen sind – zumindest in Bahrain – größtenteils erlaubt und an der Tagesordnung. Zwar sind politische Parteien nach den geltenden Gesetzen verboten, de facto sind parteiartige Organisationen aber legal als sogenannte „politische Gesellschaften“ zugelassen. Beide Staaten halten partiell Wahlen zu Parlamenten ab, die auch tatsächlich legislative und budgetäre Funktionen ausüben. In beiden Staaten genießen Frauen aktives und passives Wahlrecht, wenngleich in Kuwait erst seit 2005. Allerdings bestimmen Parlamentarier in beiden Staaten (noch) nicht über die Zusammensetzung der Exekutive.

Speziell das kuwaitische Parlament gestaltet Politik jedoch aktiv mit. Dies wurde im letzten Jahr durch die parlamentarisch mitforcierte Abdankung



Politische Demonstration in Sitra/Bahrain (2005)

des offiziellen Thronfolgers und die Ernennung eines Alternativkandidaten deutlich.

Das kuwaitische Parlament hat zudem Minister zum Rücktritt gezwungen und Erlasse des Emirs mehrfach für ungültig erklärt. Dies betraf beispielsweise auch die Einführung eines Frauenwahlrechts – was zeigt, dass mehr politische

Partizipation nicht immer und überall zu den von westlicher Seite gewünschten Ergebnissen führt. Es zeigt aber auch, dass Parlamentarier, die nie Regierungsverantwortung übernehmen müssen, in aller Regel rein „negativ“ agieren: sie haben eine Blockade-, aber keine Gestaltungsmacht.

Auch am Beispiel Bahrains lassen sich einige ambivalente Auswirkungen erkennen, die eine politische Öffnung dieser Systeme nach sich ziehen kann: Bahrain war noch in den 1990er Jahren der repressivste GKR-Staat und hat erst ab 2001 eine rasche Liberalisierung vollzogen, welche auch die (Wieder)Einrichtung des Parlaments einschloss.

Wie auch anderswo in der arabischen Welt, so profitierten in Bahrain in erster Linie islamistische Kräfte von offenen Wahlen. Hier wie dort vertreten sie den Kampf gegen Korruption besonders vehement und fordern eine korrekte Durchführung politischer Wahlen. In Bahrain zeigte sich zudem, dass sich islamistische Parteien in außen- und wirtschaftspolitischen Fragen durchaus flexibel verhalten können, wenn sie in ein Parlament eingebunden werden, ohne dabei jedoch notwendigerweise ihre Ziele aus den Augen zu verlieren. Offiziell wenden sich alle vier islamistischen Parteien zwar gegen die US-amerikanische Truppenpräsenz im Land, jedoch sind sie bereit, die Umsetzung dieser Ziele als ideell aufzufassen und notfalls aufzuschieben.

Der Preis für diese Flexibilität im politischen Alltagsgeschäft ist jedoch hoch: er besteht in einer klaren Rigorosität in Fragen gesellschaftlicher Moralvorstellungen. So fordern – wie andernorts auch – islamistische Parlamentarier in Bahrain, eine „Religionspolizei“ nach saudischem Muster zu schaffen, für eine Geschlechtertrennung an den Hochschulen

zu sorgen und die Scharia-Körperstrafen ins Strafrecht einzuführen. Ein weiteres Problem ist, dass eine abrupte Öffnung oft zum Wiedererstarken zumeist konfessionalistischer Bindungen führt. In ethnisch und/oder religiös fragmentierten Gesellschaften organisieren sich politische Organisationen (NROs eingeschlossen) in großer Mehrheit entlang eben dieser Trennlinien. Zudem sind fragmentierte Gesellschaften gegenüber externen Einflüssen höchst anfällig: So hat z.B. der Konflikt im Irak konfessionalistische Agenden in den Golfanrainerstaaten enorm verstärkt. Haben sich konfessionalistische Konflikte erst einmal festgesetzt, so führen sie oft dazu, dass aus politischen Reformen hervorgegangene Institutionen – wie neu etablierte Parlamente – nicht effizient genutzt werden. Politische Akteure einer primordial definierten Gruppe hegen meist großes Misstrauen gegenüber anderen Gruppen und haben somit kein Interesse an echtem Dialog. Stattdessen konzentrieren sie ihre politischen Anstrengungen darauf, sich ausländischen – vor allem amerikanischen – Akteuren als privilegierter „Partner“ anzubieten und im Gegenzug Unterstützung für die Forderungen ihrer Gruppierung zu erlangen. Ein Resultat einer solchen Fragmentierung der Opposition ist, dass die Exekutive weiter gestärkt und das Parlament daran gehindert wird, seine ohnehin geringen Kompetenzen effektiv zu nutzen oder weiter auszubauen.

All dies zeigt, dass die GKR-Staaten generell extrem schwierige Rahmenbedingungen für jedwede externe Demokratieförderung aufweisen. Nicht nur, dass sie äußerst beschränkte Ansatzpunkte für die externe Förderung struktureller Reformen bieten, sondern es besteht auch die Gefahr, durch eine solche Intervention von außen unwillentlich zur weiteren Fragmentierung dieser Gesellschaften beizutragen. Diese Fragen sollten bei der Konzeption und Durchführung von Maßnahmen stets mitbedacht werden.

DAS WIRTSCHAFTLICHE POTENZIAL UND DIE ZWISCHENSTAATLICHEN BEZIEHUNGEN DER GKR-STAATEN

Eckart Woertz

Die Weltwirtschaft ist abhängig von Öl, welches 35 Prozent der Primärenergie und 90 Prozent des Transportenergiebedarfs stellt. Darüber hinaus ist es wichtiger Bestandteil unzähliger Alltagsgegenstände von Kühlschränken über Deodorants bis zu Telefonhörern. Neben Öl hat sich Gas mit einem Primärenergieanteil von 21 Prozent ebenfalls zu einem wichtigen Energieträger entwickelt – unverzichtbar zur Elektrizitätsgewinnung, Gebäudewärmung und -kühlung sowie zur Düngemittelherstellung.

Die Golfregion verfügt über 60 Prozent der weltweiten Öl- und 40 Prozent der weltweiten Gasreserven. Der Anteil der Staaten des Golfkooperationsrates (GKR) liegt bei 40 Prozent und 23 Prozent respektive. Einer abnehmenden Produktion in vielen Weltregionen (z.B. in den USA und den Nordseeanrainern) steht eine wachsende Nachfrage insbesondere aus Schwellenländern (z.B. Chinas) gegenüber. Damit wird ihre Bedeutung für die Ölversorgung zukünftig dramatisch zunehmen. Auch Deutschland wird in Zukunft verstärkt auf Öl aus der Golfregion angewiesen sein. Ölimporte aus dem Nahen Osten spielen heute mit zehn Prozent nur eine untergeordnete Rolle, doch in den 1970er Jahren lagen sie bei rund 90 Prozent. Momentan wird die Ölversorgung Deutschlands



Eckart Woertz (li.) und Josef Braml (re.)

noch weitgehend von Russland, Norwegen und Großbritannien gedeckt, doch angesichts der fallenden Produktion im Nordseeraum wird in naher Zukunft über energiepolitische Alternativen nachgedacht werden müssen.

Öl und Gas: Regionenanteil, Produktion, Verbrauch und Reserven 2005

Region	Öl-Produktion	Öl-Verbrauch	Öl-reserven	Reserven/Produktion
Nordamerika*	16,5%	29,5%	5,0%	11,9
Südamerika	9,0%	5,8%	8,6%	40,7
Europa / Zentralasien**	21,7%	25,1%	11,7%	22,0
Afrika***	12,0%	3,4%	9,5%	31,8
Asien Pazifik	9,8%	29,1%	3,4%	13,8
Naher Osten	31,0%	7,1%	61,9%	81
Saudi-Arabien	13,5%	2,3%	22,0%	65,6
Welt	100%	100%	100%	40,6

Region	Gas-Produktion	Gas-Verbrauch	Gas-reserven	Reserven/Produktion
Nordamerika*	27,2%	28,2%	4,1%	9,9
Südamerika	4,9%	4,5%	3,9%	51,8
Europa / Zentralasien**	38,4%	40,8%	35,6%	60,3
Afrika***	5,9%	2,6%	8,0%	88,3
Asien Pazifik	13,0%	14,8%	8,3%	41,2
Naher Osten	10,6%	9,1%	40,1%	-
Saudi-Arabien	2,5%	2,5%	3,8%	99,3
Welt	100%	100%	100%	65,1

Quelle: *British Petroleum: Statistical Review of World Energy 2006*

* USA, Kanada und Mexiko. Kanada Ölreserven aus Teersand nur berücksichtigt soweit bereits „aktiv entwickelt“

** Der Anteil von Russland und den zentralasiatischen Republiken liegt bei über zwei Dritteln

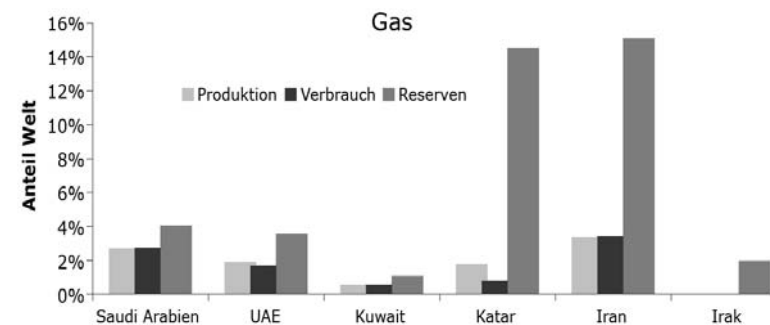
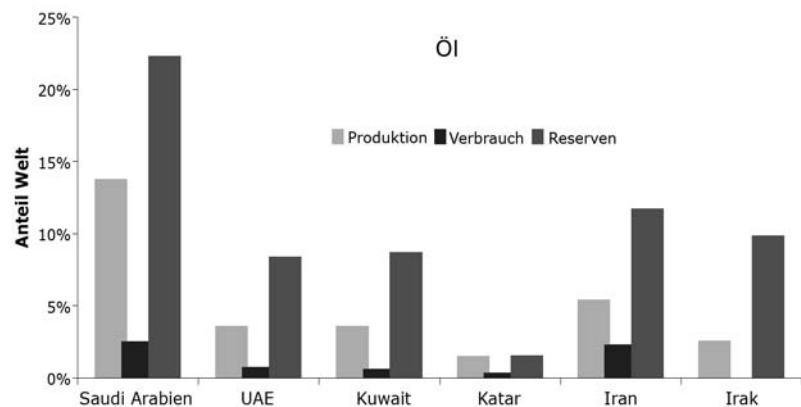
*** Im Wesentlichen Libyen, Nigeria, Algerien, Angola

ALLGEMEINE WIRTSCHAFTLICHE BEDEUTUNG VON ÖL

Die wirtschaftliche Bedeutung des Öls kann auch für die Golfstaaten kaum überschätzt werden. Über vierzig Prozent des BIP, zwei Drittel der Staatseinnahmen und bis 90 Prozent der Exporterlöse sind darauf zurückzuführen. Daneben ist Gas zu einem wichtigen Bestandteil der inländischen Entwicklungspolitik geworden. Gleichzeitig unterläuft die Region einen rasanten Diversifikationsprozess, der die Wertschöpfungskette der Öl- und Gasproduktion verlängern und einseitige Abhängigkeiten abbauen soll. Die GKR-Staaten produzieren bereits zehn Prozent der weltweiten petrochemischen Erzeugnisse, ähnliche Marktanteile werden im Aluminium- und Düngemittelbereich bis 2010 realisiert werden. Mit ausländischen Übernahmen mausert sich die Golfpetrochemie zum Global Player.

Es gibt weitere Diversifikationsanstrengungen im Bereich von Tourismus, Handel, Logistik und Dienstleistungen. Im Falle von Dubai, wo die Ölproduktion von einst 400.000 Barrel (1991) auf knapp über 100.000 pro Tag (2006) gesunken ist, macht Öl nur noch drei Prozent des BIP aus. Es bleibt abzuwarten, wie viele Handelsdrehscheiben die Region unterhalten kann und ob Überinvestitionen, etwa im Immobilienbereich, zu Marktkorrekturen – wie beim GKR-Aktienmarktcrash Anfang 2006 bereits geschehen – führen werden. Eine indirekte Ölabhängigkeit ist auch im Falle Dubais geblieben. Viele Investitionsgelder strömen aus den Nachbarstaaten und Russland in das Emirat, während der Energiebedarf des Entwicklungsmodells hoch ist und es auf günstige Energieimporte aus diesen Staaten angewiesen bleibt.

Die GKR-Staaten haben beim Energieverbrauch die höchsten Wachstumsraten weltweit. Ihr Ölkonsum wächst jährlich um rund fünf Prozent. Bei Gas und Elektrizität liegt diese Zahl je nach Land bis doppelt so hoch. Bereits 18 Prozent ihrer Ölproduktion werden von den GKR-Staaten selbst konsumiert. Trotz erheblicher Gasreserven leidet bis auf Katar jedes Land unter einer Knappheit an Gas. Wiederholt ist es zu Stromausfällen gekommen, etliche Kraftwerke mussten auf Öl umstellen. Eine wachsende Bevölkerung, mangelnde Energieeffizienz, fehlende öffentliche Verkehrsmittel, energieintensive Trinkwassergewinnung aus Meerwasser, energieintensive Gebäudekühlung und industrielle Expansion (Petrochemie, Stahl, Düngemittel, Aluminium) bilden den Hintergrund für den wachsenden Energiebedarf. Interessenkonflikte zwischen Exportanforderungen und Inlandsbedarf sind absehbar.



ROHSTOFFRESERVEN

Die Aufrechterhaltung und mögliche Steigerung der Öl- und Gasproduktion in den Golfstaaten wird massive Investitionen benötigen. Die dortige Ölindustrie ist keine junge Industrie. Die Produktion konzentriert sich auf wenige große Ölfelder. Das größte, Ghawar, wurde in den 1940er Jahren entdeckt, liefert fünfzig Prozent der saudischen und über sechs Prozent der weltweiten Produktion.

Trotz erheblicher Anstrengungen wurden seit den 1960er Jahren keine größeren Ölfelder entdeckt. Daher konzentriert man sich inzwischen auf eine Verbesserung der Förderquoten durch den Einsatz neuer Technologie. Es tobt ein erbitterter Expertenstreit, wie erfolgreich diese Investitionen sein können, und ob den Golfländern eine Abnahme der Ölproduktion, der so genannte *Peak Oil* bevorstehen könnte. In Kuwait werden nach einem kontroversen Artikel in *Petroleum Intelligence* etwaig überhöhte Reservestatistiken seitens der Parlamentsabgeordneten offen diskutiert. Eine Beteiligung ausländischer Unternehmen an der staatlichen Ölwirtschaft wie beispielsweise in den VAE und Katar ist in Saudi Arabien und Kuwait derzeit nicht möglich und bisher nur im saudischen Gassektor zustande gekommen.

Da Ausbeutung, Verarbeitung und Transport von Gas relativ schwierig sind, hat es lange Zeit ein Schattendasein geführt. Hier gibt es durchaus Raum zu substanziellen Entdeckungen. Neben der Exploration von unassoziiertem Gas, werden verbesserte Verwertungsraten von assoziiertem Gas und intraregionaler Gashandel zwischen Katar und Iran bedeutsam sein. Neben den Investitionen im Energiebereich rechnet der IWF mit massiven Infrastrukturinvestitionen von über 700 Milliarden Dollar

über die nächsten fünf Jahre für Kraftwerkbau, Wassergewinnung, Transport und Logistik.

KNAPPHEIT UND ALTERNATIVEN

Aufgrund der Gasknappheit werden inzwischen Energiealternativen anvisiert. Der Aufbau einer Nuklearindustrie, an dem Saudi Arabien, die VAE, Katar und Jemen Interesse haben, wird zehn bis fünfzehn Jahre dauern und kann bestehende Energieengpässe kurzfristig nicht lindern. Die *Oxford Research Group* wies darauf hin, dass hochgradiges Uran bereits ab 2016 knapp wird und die Urananreicherung von niedergradigem Uran zur Mitte dieses Jahrhunderts mehr Energie verbrauchen wird, als sie später produzieren könnte. Uran könnte also vor dem Öl zur Neige gehen und wäre somit nur eine Alternative, wenn sein Lebenszyklus durch Wiederaufbereitung und die Schnelle-Brüter-Technologie gestreckt würde, ein technologisch und ökonomisch fragwürdiges Unterfangen. Die GKR-Staaten haben ebenfalls Interesse an Kohlekraftwerken bekundet. Oman hat bereits eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Aber auch über den Einsatz alternativer Energien wird intensiv nachgedacht. Mit Solarenergie und Kohlendioxidsequestrierung versucht Abu Dhabi die Lebensdauer seiner Öl- und Gasvorkommen zu strecken. Die Möglichkeiten reichen von der solarthermischen Elektrizitätsgewinnung und Entsalzung über effizientere Gebäudekühlung bis zur verstärkten Substituierung von Gas durch Kohlendioxid bei der Injektion in Ölfelder zur Aufrechterhaltung des Reservoirdrucks.

Die hohen Ölpreise haben in jüngster Vergangenheit wie bereits in den 1970er Jahren zu massiven Leistungsbilanzüberschüssen der GKR-Staaten und zur Wiederkehr des Petrodollar Recyclings geführt. Dem derzeit massiven US-Leistungsbilanzdefizit stehen zu je einem Viertel Überschüsse der GKR-Staaten, anderer Ölexporture, Chinas sowie anderer asiatischer Industriestaaten gegenüber. Staatsfonds wie die *Abu Dhabi Investment Authority* (ADIA) und die *Kuwait Investment Authority* (KIA) gehören zu den größten institutionellen Anlegern weltweit. Das gesammelte Auslandsvermögen der GKR-Staaten ist mit 1,6 Billionen Dollar größer als dasjenige Chinas mit 1,3 Billionen Dollar. Seit den 1970ern Jahren ist das Petrodollar Recycling professioneller geworden und beschränkt sich nicht mehr nur auf Bankguthaben und Staatsanleihen. Neben Aktien, Hedge Fonds und derivativen Anlageinstrumenten ist ein wachsendes Interesse an strategischen Direktinvestitionen zu verzeich-



Teilnehmer der Konferenz

nen, mit denen die laufenden Diversifikationsanstrengungen ergänzt werden. Dazu gehören Investitionen in den Bereichen Tourismus, Petrochemie, Dienstleistungen, Logistik, Industrie und Luftfahrt. Die GKR-Staaten dürften dabei politisch unbedenklicher sein als Russland und China, werden sich aber Gedanken machen müssen, wie sie dem derzeitigen Trend westlicher Regierungen zu protektionistischen Maßnahmen entgegenwirken können. Obwohl der Euro an Gewicht gewonnen hat, werden weiterhin über 60 Prozent der Anlagen in Dollar gehalten. Die GKR-Staaten fühlen sich daher zunehmend unwohl mit dem Wertverfall des Dollars, an den ihre Währungen gekoppelt sind. Ob dies Konsequenzen hat – und wenn ja, welche – ist jedoch noch offen.

ÖL ALS STABILITÄTSFAKTOR

Öl hat eine überragende Bedeutung für die Stabilität der GKR-Staaten. Als so genannte Rentierstaaten finanzieren und legitimieren sie sich über die Verwaltung und Verteilung der Ölrente. Im Gegenzug wird von der Bevölkerung politische Loyalität und Passivität erwartet. Weitverzweigte Investitions- und Subventionsprogramme, sozialstaatliche Leistungen, umfangreiche Rüstungshaushalte sowie die Alimmente der Herrscherfamilien werden sämtlich aus der Verteilung der Öleinnahmen bestritten. Die Ölmärkte beeinflussen neben außenpolitischen Entwicklungen auch die innenpolitische Stabilität maßgeblich. Aufgrund stabil hoher Wachstumsraten der einheimischen Bevölkerung und eines ausgeprägten Anteils

junger Menschen, die jährlich neu auf den Arbeitsmarkt drängen, ist die Schaffung attraktiver Jobs in ausreichender Zahl nahezu unmöglich. Viele Großprojekte sind kapitalintensiv und wenig beschäftigungswirksam, gleichzeitig verhindert eine ausgeprägte White Collar-Mentalität oder mangelnde Qualifikation häufig die Einstellung Einheimischer. Verschiedene Versuche, ihren Anteil an der Arbeitsbevölkerung zu erhöhen, schlugen fehl.

Öl avancierte mit Umstellung der britischen Kriegsmarine von Kohle auf Erdöl am Vorabend des Ersten Weltkrieges zum strategischen Rohstoff. Länder, die es besitzen, standen fortan im Brennpunkt geopolitischer Interessen. Die militärisch schwachen Golfstaaten waren in der jüngeren Vergangenheit auf die Hilfe der USA angewiesen, um sich gegen Bedrohungen ihrer Souveränität zu erwehren, wie etwa durch den arabischen Nationalismus in den 1960er Jahren, iranische Infiltrationen in den 1980er Jahren oder die irakische Besetzung Kuwaits 1990. Gleichzeitig versucht man sich gegen eine allzu starke Umarmung durch die amerikanische Supermacht zu erwehren. Strategie ist, sich verstärkt an die Europäer zu wenden und gleichzeitig vorsichtig nach Asien zu blicken. Wenn es ernst wird, bleiben die USA jedoch unverzichtbar. Das gilt insbesondere mit Blick auf den Iran, der auch in der Region zunehmend als Bedrohung wahrgenommen wird. Man muss hier berücksichtigen, dass der GKR 1981 ursprünglich als Verteidigungsbündnis gegen den Iran gegründet wurde, bevor er seine Aktivitäten auch auf andere Politikfelder ausdehnte. Trotz wachsender Wirtschaftskooperation ist der GKR in gewissem Grad ein aus der Not geborenes Bündnis geblieben, dessen Mitglieder sich gegenseitig misstrauisch beobachten. Auch wenn etliche Grenzstreitigkeiten inzwischen beigelegt oder entschärft werden konnten, wird weiterhin auf nationale Eigenständigkeit gepocht. Dies trifft vor allem auf die kleineren Golfstaaten zu, die stets darauf bedacht sind, dem großen Nachbarn Saudi-Arabien als gleichwertige Partner entgegenzutreten und somit einer weiteren Ausdehnung der saudischen Vormachtstellung in der Golfregion vorzubeugen.

PERSPEKTIVEN DER WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEUTSCHLAND UND DEN GKR-STAATEN

Hans-Leopold von Winterfeld

Das Interesse deutscher Unternehmen an den Ländern des Golfkooperationsrates (GKR) bleibt hoch. Es ist für die deutsche Wirtschaft angesichts der anhaltenden Spannungen und Konflikten im Nahen und Mittleren Osten jedoch nicht einfach, die wirtschaftlichen Beziehungen mit den arabischen Staaten aufrechtzuerhalten, geschweige denn auszubauen. Trotzdem hat sich der Handel mit dieser Region – vor allem mit den Golfstaaten – in jüngster Zeit insgesamt dynamisch weiterentwickelt. Daher können wir es nicht zu hoch einschätzen, dass die Staaten des GKR gewissermaßen einen ruhenden Pol in dieser Weltgegend bilden.

Der GKR als eine zunehmend integrierte Staatengemeinschaft von sechs Golfstaaten trägt neben der Wohlstandsmehrung auch zum Öffnungs- und Modernisierungsprozess in der Region bei. Der GKR-Raum umfasst heute ein Gebiet von etwa 2,7 Millionen Quadratkilometern mit knapp 40 Millionen Einwohnern und einem BIP von etwa 350 Milliarden US-Dollar. Der Anteil der GKR-Staaten an der Ölförderung der gesamten Region des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrikas betrug 2006 etwa sechzig Prozent, ihr Anteil an

der Weltölförderung liegt bei etwa 20 Prozent. Saudi-Arabien ist maßgebliches Mitglied und bündelt siebzig Prozent der Wirtschaftskraft des GKR. Der steigende Ölpreis sichert die Einnahmen der GKR-Staaten. Die deutsche Wirtschaft hat gute Chancen, hier an den gewaltigen Investitionsprojekten zu partizipieren. Man sollte die Wirtschaftskraft der GKR-Staaten jedoch generell nicht überschätzen. So entspricht ihr BIP gerade einmal der Hälfte des BIPs von Spanien, der Anteil an globalen Direktinvestitionen liegt nur bei etwa einem Prozent und der Anteil an den globalen Exporten nur bei 3,6 Prozent. Als Produktionsstandorte haben sich die GKR-Staaten auch noch nicht sonderlich hervor getan. Aber es ist ein Wirtschaftsraum, der für die gesamte Region hoffen lässt. Gerade hier ergreifen arabische Staaten die Chance, sich mit Hilfe gebündelter wirtschaftlicher Potenz und mit festen, transparenten Regeln als ernst zu nehmender politischer Partner zu etablieren.

Bis Ende 2007 soll der gemeinsame Binnenmarkt, bis 2010 die Währungsunion vollendet werden. Geplant sind die Etablierung eines GKR-Generalsekretärs, einer gemeinsamen ID-Karte, eines gemeinsamen Touristen-Visums, sowie gemeinsame Verkehrs- und Bildungsprojekte. Die wirtschaftliche Integration schreitet, wie im *Unified Economic Agreement between the Countries of the GCC* vorgesehen, voran. 2003 wurde die Gründung einer Zollunion mit der Bildung gemeinsamer Außengrenzen durchgesetzt. Der gemeinsame Außenzoll beträgt fünf Prozent, und 415 Produkte sind völlig vom Zoll befreit. Auch die Frage der Gleichbehandlung ist ansatzweise gelöst: Staatsangehörige anderer GKR-Mitgliedstaaten werden wie eigene Staatsangehörige behandelt. Bei wirtschaftlichen Betätigungen gibt es allerdings noch erhebliche Einschränkungen, insbesondere mit Blick auf die Eigentumsrechte an Grund und Boden.

GKR-BEZIEHUNGEN ZU DRITTSTAATEN

Die EU ist mit einem Handelsvolumen von über 80 Milliarden Euro der größte Handelspartner der GKR-Staaten. 1989 begannen die Verhandlungen zu einem Kooperationsabkommen zwischen der EWG und den GKR-Staaten. Ziel war der Abschluss eines Freihandelsabkommens. Seit 2002 werden die Verhandlungen intensiviert. Dabei ist zu betonen, dass die EU neben China und Indien der einzige Partner ist, mit dem die GKR-Staaten gemeinsam, quasi als Block, Verhandlungen führen. Die USA streben kein Freihandelsabkommen mit dem GKR als Ganzes an, sondern nur individuell mit einzelnen Staaten. Das Abkommen mit Bah-

rain ist in Kraft getreten, mit Oman ist es ratifiziert, und mit Kuwait und VAE laufen Verhandlungen. Die Kehrseite dieser Entwicklungen ist, dass der daraus resultierende Verlust an staatlichen Einnahmen die GKR-Staaten zumindest kurzfristig von Einnahmen aus Rohstoffen noch abhängiger macht. Daher wird ihnen auf Dauer nichts anderes übrig bleiben, als sich andere Einnahmequellen erschließen.

Deutschland ist ein wichtiger Wirtschaftspartner für die GKR-Staaten: Im Jahr 2006 hat der Import aus dem GKR um über 21 Prozent auf 2,2 Milliarden Euro zugenommen. Der Export in diese Länder ist um etwa 17 Prozent auf rund 12,8 Milliarden Euro gestiegen. Das entspricht rund vier Prozent unserer Lieferungen in Nicht-EU-Länder und 61 Prozent unserer Exporte in den gesamten arabischen Raum. Nach bisher vorliegenden Zahlen kann für 2007 ein weiterer Anstieg des Handelsvolumens prognostiziert werden.

GESCHÄFTSPERSPEKTIVEN IN DEN GKR-STAATEN

Ein wichtiger Grund für die positive Entwicklung des Handelsvolumens ist die erfolgreiche Wirtschaftsmodernisierung in den Golfstaaten. Dabei ist zu bedenken, dass Deutschland momentan kaum Öl vom Golf bezieht. Vor allem im Industrie-, im Infrastruktur- und im Umweltschutzbereich sind in den GKR-Ländern umfangreiche Maßnahmen geplant. In allen Golfstaaten sollen große Investitionsprojekte realisiert werden: beispielsweise im Öl- und Gassektor, in der petrochemischen Industrie, in der Stahl- und Aluminiumproduktion sowie in Anlagen für Meerwasserentsalzung. Im Bereich der Infrastruktur wird die Modernisierung und Erweiterung von Flug- und Containerhäfen sowie des Straßen- und Schienennetzes zielstrebig verfolgt; auch der Bau von Magnetschwebebahnen wird erwogen.

Beim Umweltschutz steht der Bau von Abwassernetzen und Kläranlagen im Vordergrund, aber auch die Erzeugung von erneuerbaren Energien. Die GKR-Länder sind sich in jüngerer Zeit bewusst geworden, dass alternative Energiequellen ein wichtiges Substitut zu fossilen Energieträgern darstellen. Von großer Bedeutung ist die nachhaltige Sicherstellung der Wasserversorgung sowie der Müllentsorgung. An Bedeutung gewinnen nicht zuletzt Investitionen im Gesundheitswesen sowie im Tourismussektor. Zum Gelingen dieses umfangreichen Modernisierungsprozesses kann die deutsche Wirtschaft einen aktiven Beitrag leisten. Mit Spitzentechnologien, umfangreichem Fachwissen und hervorragend ausgebildeten Ingenieuren sind deutsche Unternehmen dafür bestens vorbereitet.



Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel während ihres Besuches in den GKR-Mitgliedstaaten im Februar 2007

Zur Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und den GKR-Staaten trägt auch die im BMWi erarbeitete Außenwirtschaftspolitik bei. Wir bündeln und verstärken die Instrumente der Außenwirtschaftsförderung. Wir festigen und erweitern das bestehende Netz bilateraler Investitionschutz- und Doppelbesteuerungsabkommen. Und wir wollen, dass die Hermes-Ausfuhrgewährleistungen

in Zukunft noch stärker als bisher genutzt werden. Fest steht: Wir werden in jedem Fall unsere wirtschaftspolitischen Kontakte mit allen GKR-Staaten in den nächsten Jahren deutlich intensivieren.

VERHANDLUNGSSTAND DER EU MIT GKR-LÄNDERN ZUM FREIHANDELSABKOMMEN

Auch vom Abschluss der sich seit Jahren hinziehenden Verhandlungen zum EU-GKR-Freihandelsabkommen versprechen wir uns in Zukunft eine Intensivierung der Handelsbeziehungen. Während außenpolitische Themen, wie die Nichtweitergabe von Massenvernichtungswaffen oder die Bekämpfung des Terrorismus abgearbeitet sind, ist der ökonomische Gehalt der Verhandlungen zum Freihandelsabkommen aber noch nicht ausreichend.

Offen sind unter anderem Fragen zu Ursprungsregeln und die Festschreibung einer Meistbegünstigungsklausel im Verhältnis zu anderen Freihandelsabkommen der EU und des GKR. Damit soll verhindert werden, dass EU-Mitgliedstaaten gegenüber dem GKR schlechter gestellt werden als andere Drittstaaten, wie etwa die USA. Wichtig erscheint uns zudem, dass möglichst alle GKR-Staaten im Dienstleistungsbereich „GATS+“ anbieten – also mehr Dienstleistungsliberalisierung zugestehen als bisher in der WTO üblich.

Trotz dieser offenen Verhandlungspunkte hegen wir weiterhin den Wunsch nach einem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen in naher Zukunft. EU-Handelskommissar Mandelson betonte jüngst zu Recht, dass man auf ein wirtschaftlich substanzielles Abkommen hin-

arbeiten müsse – nicht zuletzt deswegen, weil dieses Abkommen eine gewisse Vorbildwirkung für künftige EU-Abkommen mit Drittstaaten haben werde.

TEIL II: STRATEGIEN, INTERESSEN
UND OPTIONEN

ENERGIEAUSSENPOLITIK DER USA – DIE ROLLE DER GOLFREGION

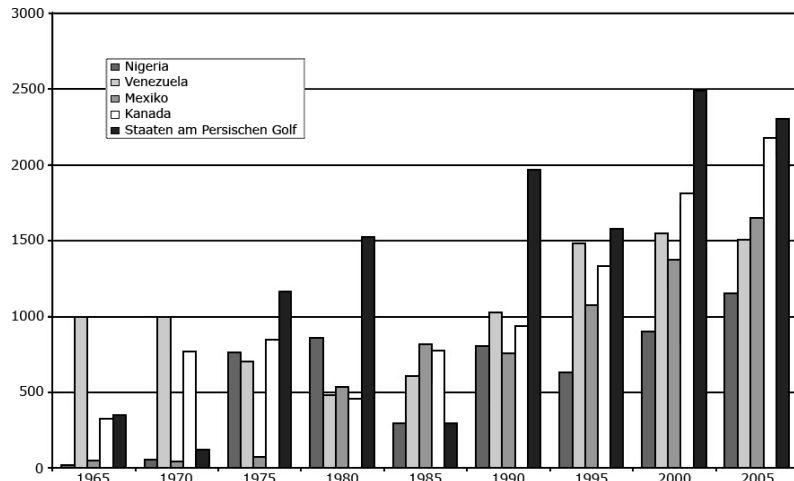
Josef Braml

Seit den 1950er Jahren hat der Energiekonsum der Vereinigten Staaten stark zugenommen, etwa um das Dreifache. Vor allem der Transportsektor verbraucht immer mehr fossile Energieressourcen. Da die Eigenproduktion in den letzten fünf Jahrzehnten jedoch relativ konstant geblieben und Importe aus der so genannten „Westlichen Hemisphäre“, insbesondere aus Kanada, Mexiko und Venezuela, die erhöhte Nachfrage nicht befriedigen konnten, verstärkte sich die Abhängigkeit von Ölimporten aus instabilen Weltregionen wie dem Nahen und Mittleren Osten.

VITALES INTERESSE AN DER GOLFREGION

Eine unabhängige Expertengruppe des Council on Foreign Relations prognostizierte 2006, dass die Golfregion mindestens für die nächsten zwei Jahrzehnte von „vitalem Interesse hinsichtlich zuverlässiger Öllieferungen“ sein wird. Die dort stationierten US-Truppen hätten einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Energiesicherheit geleistet, und eine „starke militärische Präsenz“, die ein schnelles Eingreifen in der Region ermögliche, sei auch in Zukunft unabdingbar.

US-Hauptimportländer von Mineralöl, 1965-2005
(in Tsd. Fässern pro Tag)



Quelle: EIA, Annual Energy Review 2005, Tabelle 5.4, Seite 133

Indes erschwert die Ölabhängigkeit der USA die Demokratisierung der Region, wie sie Präsident George W. Bush in seiner zweiten Inaugurationsrede vom Januar 2005 und in der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie vom März 2006 programmatisch formuliert hat, um der Bedrohung des weltweiten Terrorismus zu begegnen. Die „Sonderbeziehung“ der USA zu Saudi-Arabien illustriert dieses Dilemma.

SONDERBEZIEHUNG USA – SAUDI-ARABIEN: SICHERHEIT FÜR ÖL

Das Königreich verfügt über die größten bekannten Erdölreserven weltweit, ist nach Kanada und Mexiko der drittgrößte Öllieferant der USA und deren wichtigster Handelspartner im Nahen Osten. 2005 exportierten die USA Waren, hauptsächlich Rüstungsgüter, im Wert von 5,6 Mrd. US-Dollar. Im Gegenzug importierten sie Güter, überwiegend Erdöl, im Wert von 26,2 Mrd. US-Dollar.

Marktinterventionen Saudi-Arabiens haben den USA bislang geholfen, den Ölpreis stabil zu halten. Von Mitte der 1980er Jahre bis 2003 konnten sich Konsumenten auf relativ stabile und niedrige Preise verlassen. Da die Ölproduktion mit der steigenden Nachfrage, insbesondere der USA und Chinas, nicht folgen konnte, ist der Ölpreis indes rapide gestiegen.

INTERNATIONALE RESSOURCENKONKURRENZ IM MITTLEREN OSTEN

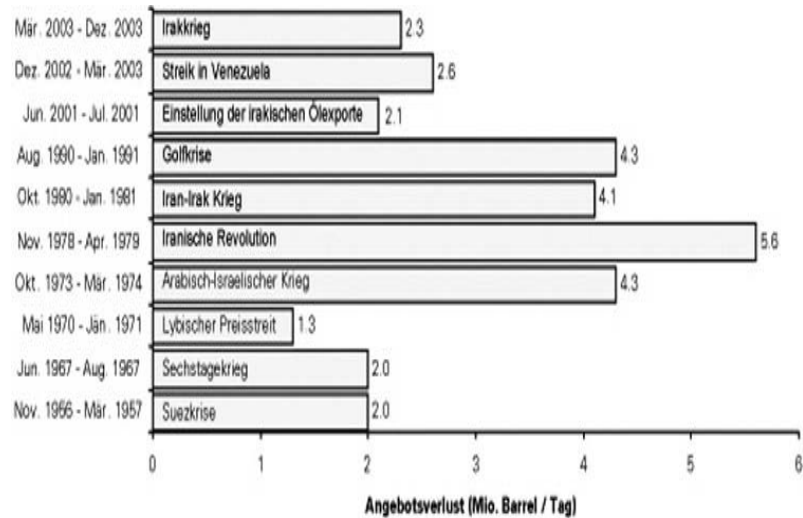
Die verstärkte Nachfrage aufstrebender Mächte verschärft die internationale Konkurrenz um fossile Ressourcen im Mittleren Osten. Während die Gewinnung von Öl vornehmlich in saudi-arabischer Hand bleibt, versucht Riad zur Förderung seiner Gas-Reserven – die als viertgrößte weltweit gelten – auch ausländische Investoren zu gewinnen. Dabei wurde deutlich, dass Saudi-Arabien neben den USA andere strategische Partnerschaften sucht, insbesondere mit Russland, das über die weltweit größten Gasreserven verfügt, und mit China, dessen bilaterales Ressourcenengagement in der Region die von den USA geförderten multilateralen Regeln für Energiehandel unterminiert.

Russlands und Chinas Engagement eröffnet den Ländern im Mittleren Osten – auch jenen, die den Demokratisierungsforderungen und geopolitischen Zielsetzungen der USA ablehnend gegenüber stehen – neue wirtschaftliche und militärische Optionen. Ein Bericht der CIA machte bereits 2003 darauf aufmerksam, dass die militärische Zusammenarbeit mit Russland, Nordkorea und China dem Iran geholfen habe, sein Ziel der unabhängigen Herstellung von Raketengeschossen zu erreichen. Zudem haben China und Russland bisher Bemühungen der USA unterlaufen, im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen spürbare Sanktionen gegen das iranische Regime zu verhängen, um Iran von der Nuklearproduktion abzuhalten. Die politische Unterstützung des Iran ist für China von wirtschaftlichem Nutzen. Im März 2004 unterzeichneten China und Iran einen Vertrag im Gegenwert von 100 Millionen US-Dollar, worin sich China die Lieferung von so genanntem LNG (*liquified natural gas*) sichert. Im Gegenzug verpflichtete sich Peking, in die Pipelineinfrastruktur und die Öl- und Gasförderung im Iran zu investieren.

DIE DRUCKMITTEL DES IRAN

Im Iran befinden sich die weltweit drittgrößten bekannten Ölvorkommen, die es aufgrund der mangelnden Infrastruktur bislang nur begrenzt nutzen konnte. Die unweit der strategisch wichtigen Straße von Hormuz stationierten iranischen Truppen könnten die tägliche Lieferung von 17 Millionen Fässern Öl unterbinden, was nach Einschätzung amerikanischer Sicherheitsexperten etwa einem Fünftel des globalen Ölbedarfs entspricht. Der Einsatz der „iranischen Ölwanne“ würde einen merklichen Anstieg des

Bedeutende Weltölangebotsstörungen in den vergangenen Jahrzehnten



Quelle: IFA Commerzbank Corporates & Markets

weltweiten Ölpreises verursachen und damit anderen Volkswirtschaften nachhaltig schaden.

Ferner bieten die Schwierigkeiten der USA im Irak Teheran die Gelegenheit, das Machtvakuum in der Region für seine Zwecke und gegen Amerika zu nutzen. Indem die USA 2003 Saddams Tyrannenregime beseitigten, ohne aber bislang die Lage im Irak kontrollieren zu können, schwächte die Weltmacht nicht nur ihren Einfluss in der Region, sondern sie schadete sich auch wirtschaftlich: Instabilität im Irak verhindert die erfolgreiche Ausbeutung der irakischen Ölquellen, was nicht nur zum Wiederaufbau des zerstörten Landes, sondern auch zur Senkung der weltweiten Ölpreise hätte beitragen können.

STRATEGISCHES DIVERSIFIZIERUNGSZIEL DER USA: GOLF VON GUINEA

Angesichts der Schwierigkeiten in der Golfregion suchen die USA nach Alternativen. Die Bush-Regierung machte keinen Hehl aus ihrem Kalkül, wonach Ölimporte aus Afrika das Potential hätten, einen Großteil der gegenwärtigen Lieferungen aus dem Nahen Osten zu ersetzen. Zurzeit erhält die Weltmacht 15 Prozent ihrer Ölimporte aus Afrika südlich der

Sahara, den Großteil aus Nigeria, und beabsichtigt, bis 2015 ein Viertel ihrer Ölimporte aus Afrika zu beziehen. Gleichzeitig sind auch andere, wirtschaftlich wachsende Mächte mit globalen Energieinteressen auf dieses Potential aufmerksam geworden. Besonders China ist bemüht seine Ölversorgung mittels bilateraler Verträge mit subsaharischen Staaten zu sichern.

STRATEGISCHE VERSORGUNGSUNSICHERHEIT FÜR DIE USA

Der Golf – eine Region, deren politischer Status quo bislang amerikanischen Interessen gedient hat – erweist sich dagegen zunehmend als Unsicherheitsfaktor hinsichtlich der zuverlässigen Lieferung preiswerter Energieressourcen. Mit dem expandierenden China ist ein weiterer Konkurrent um knappe Ressourcen auf den Plan getreten, der sich nicht nur im Nahen und Mittleren Osten, sondern auch in Westafrika und Zentralasien bemerkbar macht. Einige Beobachter haben bereits eine „Achse des Öls“ identifiziert, wonach Russland, China und möglicherweise der Iran als „Gegengewicht zur amerikanischen Hegemonie“ agieren und den USA ihre strategischen Interessen streitig machen.

MARKTMACHT OPEC

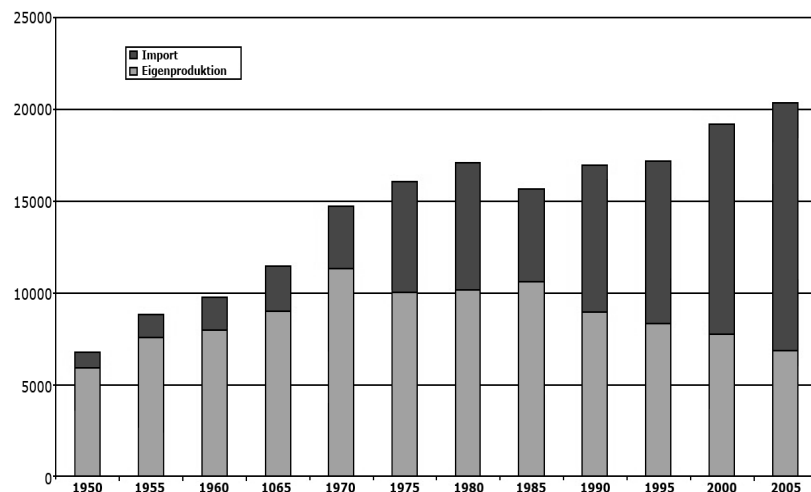
Auch die OPEC, die über 70 Prozent der heute bekannten Erdölreserven kontrolliert, kann aufgrund der Kapazitätsgrenzen anderer Ölproduzenten seit Ende der 1990er Jahre wieder ihre Kartellpolitik betreiben und in wirtschaftlichen und politischen Einfluss ummünzen. Obwohl der Anteil der OPEC an der Welterdölproduktion mit etwa 40 Prozent mittelfristig konstant bleiben wird, ist zu vermuten, dass auf lange Sicht die Macht des Kartells umso mehr zunimmt, je mehr die Nicht-OPEC-Länder ihre Quellen erschöpfen. Da alle anderen Ölanbieter an ihrer Kapazitätsgrenze produzieren, kann seit Ende der 1990er Jahre die OPEC mittels der Begrenzung der Ölproduktion den Preis in der Tendenz hochhalten. Diese Entwicklung dürfte in Zukunft weiter zunehmen.

RISIKEN FÜR DIE USA

Der Preis für Ölimporte der USA ist seit 2003 merklich gestiegen, wobei die Importmenge nicht auf das erhöhte Preisniveau reagierte, sondern mehr oder weniger gleich geblieben ist. Nach Schätzungen des *Congressional Research Service* belasteten die durch die Ölpreiserhöhungen verteuerten Energieimporte die ohnehin schon Besorgnis erregende US-

amerikanische Außenhandelsbilanz 2005 um zusätzliche 70 Milliarden Dollar, 2006 um weitere 50 Milliarden Dollar. Das US-Außenhandelsdefizit ist dabei zu etwa einem Drittel auf Energieimporte zurückzuführen.

*US-Mineralöleigenproduktion und -import, 1950-2005
(in Tsd. Fässern pro Tag)*



Quelle: EIA, Annual Energy Review 2005, Tabelle 5.1, Seite 127

Dieses Außenhandelsdefizit macht die USA besonders verwundbar. Anzeichen einer schwächer werdenden US-Wirtschaft könnten die Handelspartner dazu bewegen, ihre Verkaufserlöse nicht mehr in den USA zu reinvestieren und sie in andere Finanzmärkte umzulenken. Damit würde der Dollar massiv unter Druck geraten, die US-Notenbank wäre gehalten, die Zinsen anzuheben, und die wirtschaftliche Entwicklung der USA würde nachhaltig gebremst. Bereits im Sommer 2005 gab der damalige US-Notenbankchef Alan Greenspan zu bedenken, dass allein die seit Ende 2003 erhöhten Energiepreise das amerikanische Wirtschaftswachstum 2004 und 2005 jeweils um einen halben bis Dreiviertel-Prozentpunkt vermindert hätten. Dank ihrer auch in der Vergangenheit bewiesenen Innovationskraft könnten sich amerikanische Märkte auf lange Sicht jedoch den neuen Gegebenheiten anpassen. Höhere Energiepreise geben starke Anreize, alternative Energieträger zu identifizieren, neue Technologien zu entwickeln und die Energieeffizienz zu verbessern. In diese Richtung wirkt eine zusätzliche Kraft, nämlich das gewachsene öffentliche

Bewusstsein um die von fossilen Energien verursachten Umweltschäden, Gesundheits- und Sicherheitsrisiken.

EIN KURSWECHSEL AMERIKANISCHER ENERGIEPOLITIK – EINE CHANCE FÜR EUROPA

Es ist nicht unwahrscheinlich, dass die öffentliche Aufmerksamkeit für die sicherheits-, wirtschafts- und umweltpolitischen Kosten ihrer gegenwärtigen Energiepolitik die USA zum Umdenken zugunsten eigenproduzierter erneuerbarer Energien zwingen. Angesichts der zunehmenden Kritik aus der Bevölkerung und umweltpolitischen Vorstößen der Einzelstaaten werden in Zukunft sowohl der Präsident als auch der Kongress gehalten sein, die Abhängigkeit des Landes von fossilen Kraftstoffen zu verringern. Daher ist zu vermuten, dass die künftige US-Regierung verstärkt auf technologische Entwicklung setzen wird. Technische Innovationsvorsprünge im Bereich erneuerbarer Energien geben deutschen und europäischen Politikern gute Argumente, um bei amerikanischen Meinungsführern und Entscheidungsträgern für eine transatlantische Energie- und Umweltpartnerschaft zu werben, die als Generator einer multilateralen umweltverträglichen Energiesicherheitspolitik funktionieren könnte.

ASIEN UND DER NAHE UND MITTLERE OSTEN: WIRTSCHAFTLICHE UND ENERGIEINTERESSEN

Hanns Günther Hilpert

Der Faktor Öl dominiert die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen den beiden Weltregionen Naher und Mittlerer Osten (NMO) und Asien (Asien ist hier Sammelbegriff für die Länder Nordost-, Südost- und Südasien.) Im Weltölmarkt ist der NMO die wichtigste Produktions- und Exportregion. Asien wiederum ist die weltweit wichtigste Importregion und knapp hinter Nordamerika die zweitgrößte Verbrauchsregion. Unter den zehn größten Ölimporteuren weltweit befinden sich fünf, unter den zehn größten Ölverbrauchern vier asiatische Länder.

PRODUKTIONSREGION NAHER UND MITTLERER OSTEN – VERBRAUCHSREGION ASIEN: EIN PERFEKTES PAAR FÜR DEN WELTÖLMARKT?

Für den NMO ist Asien der wichtigste Absatzmarkt für Öl, für Asien der NMO die wichtigste Bezugsquelle. Die gegenseitige Abhängigkeit bestimmt das ökonomische Verhältnis beider Regionen und ist prägend für ihre politischen Beziehungen. Der NMO ist für die Erwirtschaftung seiner Exporterlöse und Realisierung seiner hohen Produzentenrenten auf den asiatischen Energiekonsum angewiesen. Weiter ist für

Die größten Ölverbrauchs- und Ölimportländer 2004

	Ölverbrauchsländer		Ölimportländer	
	in Mill. Barrel/Tag		in Mill. Barrel/Tag	
1	USA	20,5	USA	11,8
2	China	6,5	Japan	5,3
3	Japan	5,4	China	2,9
4	Deutschland	2,6	Deutschland	2,5
5	Russland	2,6	Südkorea	2,1
6	Indien	2,3	Frankreich	2,0
7	Kanada	2,3	Italien	1,7
8	Brasilien	2,2	Spanien	1,6
9	Südkorea	2,1	Indien	1,5
10	Frankreich	2,0	Taiwan	1,0

Quelle: Energy Information Administration (EIA)

die Produzentenländer attraktiv, dass die asiatischen Importeure politisch unkomplizierte Käufer sind, und einen Preisaufschlag, das so genannte Asia-Premium (ca. ein US-Dollar pro Barrel Öl) entrichten. Asien ist von zuverlässigen Öllieferungen aus dem Golf abhängig, da sie ihre Bezugsquellen weit weniger diversifiziert haben als etwa Europa oder die USA. Der Anteil des NMO am gesamten Ölimport Japans im Jahre 2005 belief sich auf 88 Prozent, Koreas auf 81 Prozent. Die Importabhängigkeit war 2004 für Indien mit 61 Prozent und China mit 49 Prozent nur etwas geringer. Da lediglich China, Indonesien, Malaysia und Brunei in nennenswertem Umfang über eigene Ölquellen verfügen, ist Asien von externen Lieferquellen deutlich abhängiger als andere Weltregionen.

Alles deutet darauf hin, dass sich die gegenseitige Abhängigkeit der beiden Regionen in den kommenden zwei Dekaden intensivieren wird. Die Internationale Energieagentur (IEA) geht davon aus, dass die Menge des aus dem NMO nach Asien exportierten Öls sowohl in absoluten Zahlen als auch in relativen Anteilen deutlich steigen wird.

So dürfte auf der Angebotsseite der Anteil des NMO an der Weltölproduktion, der im Jahr 2005 noch bei 31 Prozent lag, deutlich zunehmen, da

Konzentration der Weltölnachfrage auf Asien

	Verbrauch 2005		Nachfrage 2030	
	Mill. Barrel/Tag	%	Mill. Barrel/Tag	%
Afrika	2,763	3,4	6,1	5,2
Amerika Nord	24,875	29,5	31,0	26,4
Amerika Süd	4,776	5,8	8,4	7,2
Asien/Ozeanien	23,957	29,1	39,8	33,8
- China	6,988	8,5	13,3	11,3
- Indien	2,485	3,0	5,6	4,8
- Indonesien	1,168	1,4	2,6	2,2
- Japan	5,360	6,4	-	-
- Korea	2,308	2,7	-	-
Europa/Eurasien	20,350	25,1	24,2	20,6
Naher und Mittlerer Osten	5,739	7,1	7,8	6,6
Welt	82,459	100	117,5	100

Quelle: BP Statistical Review of World Energy, June 2006, International Energy Agency (Hg.), World Energy Outlook 2004, Paris: International Energy Agency (IEA), S. 82.

fast zwei Drittel der Weltölreserven auf die Länder am Golf konzentriert sind. Auf der Nachfrageseite wird der Bedarf an Öl nirgendwo so stark zunehmen wie in Asien. Entfielen im Jahr 2005 noch etwa gleich hohe Verbrauchsanteile auf die Weltregionen Nordamerika, Asien-Ozeanien und Europa-Eurasien, so ist für das Jahr 2030 zu erwarten, dass ein Drittel der Weltnachfrage auf Asien und Ozeanien entfällt, während die Anteile Nordamerikas und Europas sinken. Mit anderen Worten: Asien ist der Antriebsmotor für das Wachstum des globalen Ölverbrauchs und der weltweiten Nachfrage nach Öl. Verantwortlich für den Nachfrageanstieg aus Asien ist die Zunahme der Primärenergienachfrage der Entwicklungs- und Schwellenländer Asiens, in erster Linie Chinas und Indiens. Wichtigste Antriebskräfte sind das zu erwartende hohe Wirtschaftswachstum in Verbindung mit den großen Bevölkerungszahlen, deren wachsendem Lebensstandard, der damit verbundenen Motorisierung, der zunehmenden Urbanisierung sowie der fortschreitenden Industrialisierung.

Zur Deckung ihrer wachsenden Nachfrage werden die asiatischen Schwellenländer überwiegend fossile Energieträger nutzen. Während Asien über beträchtliche Lagerstätten für Kohle verfügt, sind die langfristigen Bestandsreserven für Öl gering. Die Ausbeutung der Ölquellen in China und in Südostasien lässt sich nicht mehr steigern bzw. beginnt zu sinken. Die noch nicht erschlossenen Offshore-Öl- und Gasfelder (bei Sachalin, in der Südchinesischen See, im Timorgraben) werden nicht ausreichen, um den wachsenden Bedarf zu befriedigen. Daher muss Asien seine Ölimporte aus Drittregionen steigern. Das amerikanische Energieministerium schätzt für das Jahr 2025 einen Importbedarf in Höhe von 30,8 Millionen Barrel/Tag, verglichen mit derzeit (2005) 18,8 Millionen Barrel/Tag. Um den in 20 Jahren gut zwölf Millionen Barrel/Tag höheren Bedarf Asiens zu decken, wird der NMO seine gegenwärtigen Gesamtexporte um gut 50 Prozent steigern müssen. Per saldo wird Asiens Ölimportabhängigkeit vom NMO also noch weiter zunehmen.

Öl-Welthandel

	Exporte 2005		Importe 2005	
	Mill. Barrel/Tag	%	Mill. Barrel/Tag	%
Afrika	7,428	14,9	1,257	2,5
Amerika Nord	5,395	10,8	15,063	30,2
Amerika Süd	3,528	7,1	1,056	2,1
Asien/Ozeanien	2,967	5,9	18,837	37,7
Europa	2,149	4,3	13,261	26,6
Eurasien	7,076	14,2	0,092	0,2
Naher und Mittlerer Osten	19,821	39,7	0,339	0,7
Welt	49,906	100	49,906	100

Quelle: BP Statistical Review of World Energy, June 2006.

POLITIK DER RISIKOBEGRENZUNG

Politik und Wirtschaft in Asien nehmen die Ölversorgung als kritischen Faktor für wirtschaftliche Entwicklung, sozialen Frieden und innenpolitische Stabilität wahr. Die nationale Energiesicherheit wird in den asiatischen Verbraucherländern als wichtige Staatsaufgabe begriffen. Lieferunterbrechungen oder volatile Preisbewegungen gelten als ernste Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung. Daher ist die Sicherstellung der eigenen Energieversorgung Ziel nationaler Außen- und Sicherheitspolitik geworden. Die Wahrnehmung der eigenen Verwundbarkeit hat in den vergangenen Jahren sogar zugenommen. Grundsätzlich lösbar ist das Dilemma der zu hohen und wachsenden Ölabhängigkeit für Asien aber nicht. Aufgabe der asiatischen Politik kann es daher nur sein, bestehende Versorgungsrisiken einzugrenzen. Im großen und ganzen sind die reaktiven Grundmuster in der Energie-, Außenwirtschafts- und Außenpolitik der asiatischen Importländer sehr ähnlich.

Über eine Diversifizierung der Energieträger soll die Kohle- und Öllastigkeit der nationalen Volkswirtschaften langfristig reduziert werden. Konsequenter verfolgt Japan diesen Ansatz. Der Ölanteil am gesamten japanischen Energieverbrauch, der 1971 noch bei 75 Prozent gelegen hatte, war bis 2004 auf 48 Prozent gesunken und soll bis 2030 nur noch 37 Prozent betragen. Für China und die übrigen Schwellenländer Asiens wird es allerdings schwer werden, eine ähnliche Diversifizierungspolitik erfolgreich umzusetzen. Die zur Elektrizitätserzeugung alternativ einsetzbaren Energieträger Kohle, Wasserkraft und Atomkraft sind mit beträchtlichen Umweltrisiken behaftet. Eine Verlagerung auf Gas ist auch nur begrenzt möglich. Es ist nicht unbeschränkt verfügbar und schafft neue politische Abhängigkeiten.

Was dagegen die Importabhängigkeit der asiatischen Schwellenländer nachhaltig reduzieren könnte, ist eine Verbesserung der Energieeffizienz. Auch hier ist Japan bislang erfolgreich gewesen, und die japanische Wirtschaft wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch in Zukunft innovatorische Impulse setzen. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass die übrigen Schwellenländer Asiens ähnlich radikal umsteuern werden. Für sie sind nach wie vor Wirtschaftswachstum, Industrialisierung und Wohlstandsbildung die politischen Prioritäten.

Zur Überbrückung von Versorgungsengpässen und zur Glättung von Preisbewegungen verfügen nicht nur die IEA-Mitgliedsländer Japan und Korea über beträchtliche strategische Ölreserven. Auch China hat begonnen, eine 800 Millionen Barrel Reserve aufzubauen. Indien, Singapur, Taiwan und Thailand haben dagegen nur geringere strategische Reserven. Zur langfristigen Sicherung der Energieversorgung beteiligen sich staatliche Ölgesellschaften oder private Großunternehmen aus Asien an der Erschließung und Ausbeutung von Öl- und Gaslagerstätten. Für eine engere Lieferbindung werben die asiatischen Importländer zugleich aktiv um arabische und iranische Investitionen in die eigene Ölwirtschaft. Schwerpunkte liegen bei Bau und Unterhalt von Raffinerien, auf der Ebene der Logistik oder im Bereich der Weiterverarbeitung. Die saudische Aramco-Gruppe und kuwaitische Unternehmen haben in Raffinerien und die Petrochemie Chinas investiert, zwei koreanische Ölgesellschaften werden von Investoren aus dem NMO kontrolliert.

KONSEQUENZEN FÜR DIE ZUKUNFT

Die asiatischen Länder suchen auf verschiedenen Wegen nach Lösungen für ihre prekäre Energieversorgungssituation. Erstens ist zu erwarten, dass die Entwicklung von Ölverbrauch und -import zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern Asiens bis 2030 weiter auseinander klaffen wird. Japan dürfte beides kontinuierlich reduzieren, Korea und Taiwan werden Verbrauch und Import nur gering erhöhen. Dagegen dürften China, Indien, Indonesien, Philippinen, Thailand und Vietnam Verbrauch und Import kräftig steigern. Gerade letztgenannte Länder sind zur Deckung ihres rasch wachsenden Energiebedarfs auf die Erschließung neuer Bezugsquellen angewiesen. Insbesondere China und Indien sind merkantilistische Wettbewerber, die nach exklusiven Lieferbeziehungen streben und sich untereinander und mit anderen Nachfragern aggressive Bietergefechte liefern. Es ist vor allem Japan zu verdanken, dass Energie und Umwelt auf Gipfeltreffen der Regionalorganisationen thematisiert werden, und auf dem Ostasiengipfel vom 15. Januar 2007 eine asiatische Energie-Charta verabschiedet wurde.

Zweitens unterscheiden sich die außen- und sicherheitspolitischen Voraussetzungen. Chinesische Experten mutmaßen, dass die (prinzipiell als nützlich empfundene) Pax Americana zum Schutz der Ölquellen und Seewege im Konfliktfall gegen China gerichtet werden. Westlichen Ölmultis wird unterstellt, China gegenüber eine Politik der Ausgrenzung und

Diskriminierung zu betreiben. Japan und Korea wiederum sind politisch und wirtschaftlich eng an die USA gebunden. Ihre NMO-Politik steht stets im Zusammenhang mit ihren militärischen Bündnisbeziehungen zu den USA.

Diese Unterschiede in der NMO-Politik der asiatischen Importländer sollen jedoch den grundlegenden Trend in der Beziehung zu den Golfanrainern nicht verdecken: Außenwirtschaftlich orientiert sich der NMO zunehmend nach Asien. Aus Sicht des NMO sprechen für Asien der wachsende Energiebedarf, das attraktive Waren- und Dienstleistungsangebot sowie zahlreiche lukrative Investitions- und Anlagechancen. Zur ökonomischen Komplementarität tritt eine gewisse politische „Affinität“: Kommerziell orientierte Asiaten gelten generell als politisch problemlose Partner. Attraktiv ist zudem eine verstärkte Zusammenarbeit mit jenen islamischen Staaten Asiens, die, wie Malaysia und Indonesien, aufgrund ihrer Modernisierungserfolge einen gewissen Vorbildcharakter beanspruchen können. Es ist daher zu erwarten, dass mit den ökonomischen Bindungen auch die politischen Beziehungen in Zukunft eher enger werden.

ZIELSETZUNGEN UND HANDLUNGSOPTIONEN DER DEUTSCHEN UND EUROPÄISCHEN AUSSENPOLITIK GEGENÜBER DER GOLFREGION

Joachim Hörster

Obwohl ich die Europäische Union außen- und militärpolitisch nicht als Großmacht wie die USA, China und eventuell Russland sehe, spielen wir Europäer dennoch eine wichtige Rolle am Golf. Unser Engagement darf dabei nicht nur eine Frage des Ölpreises sein, sondern muss die unmittelbare geographische Nähe unserer beiden Regionen berücksichtigen. Ein Erfolg oder Misserfolg unserer Politik gegenüber unseren Nachbarn am Golf wird auch die Entwicklung und Sicherheit in Europa nicht unwesentlich beeinflussen.

VORAUSSETZUNGEN

Dabei müssen wir uns danach fragen, mit welchen Gesellschaften wir es zu tun haben, welche Rahmenbedingungen es gibt und welche Handlungsoptionen offen stehen.

Vorhandene Strukturen müssen kritisch hinterfragt werden. Eine Analyse der Bevölkerungsstruktur zeigt, dass die Situation ungemein komplex ist. Beispielsweise zählen zu der mit 2,7 Millionen Menschen angegebenen Einwohnerzahl der Vereinigten Arabischen Emirate 781.000 Inder, 262.000

Pakistani, 225.000 Menschen aus anderen asiatischen und 155.000 Arbeiter aus anderen arabischen Ländern. In Kuwait sind von den 2,9 Millionen dort lebenden Einwohnern 295.000 Inder, 274.000 Ägypter, 157.000 Bangladeschi, 101.000 Pakistani und 100.000 Menschen aus Sri Lanka. Es sind nicht nur die Einnahmen aus dem Öl, es ist auch die Arbeitskraft dieser Menschen, welche die Wirtschaft am Golf aufrecht halten.

Für uns bedeutet dies, dass wir uns sowohl Gedanken machen müssen, wie wir mit den vorhandenen Ölressourcen schonend umgehen, als auch, wie die innere soziale Struktur dieser Länder aussieht. Hinzu kommt, dass die Lage der Menschenrechte in der Golfregion zumindest prekär ist. Wir, die wir uns in der Europäischen Union zusammengeschlossen haben, auch um bestimmte Werte für die Menschen zu sichern, können in unserer Außenpolitik nicht dauerhaft über diese Verhältnisse hinwegsehen.

Wenn wir uns mit der Golfregion befassen, ist nicht nur die Frage bedeutsam, wer mit uns um das Öl in dieser Region konkurriert, sondern auch, wie stabil diese Staaten innen- und außenpolitisch sind. Sehr vorsichtig müssen wir mit der Forderung nach Demokratie, nach freien, geheimen und allgemeinen Wahlen sein. Es ist fraglich, ob die Gesellschaften dafür vorbereitet sind. Dies bedeutet, dass wir bei unseren Forderungen nach mehr Freiheiten und mehr Menschenrechten darauf bedacht sein müssen, dass unsere Position für die Menschen in diesen Ländern verständlich ist. Es muss bedacht werden, dass es in den Golfstaaten nur wenige Erfahrungen mit politischem Pluralismus gibt. Chancen europäischer Politik liegen nicht darin, bestehende politische (Macht)Strukturen in Frage zu stellen, sondern behilflich zu sein, die Basis für eine behutsame aber stetige Entwicklung bestimmter grundlegender Standards zu schaffen.

Beispiele hierfür sind der Aufbau eines geordneten, verlässlichen und durchsetzungsfähigen Gerichtswesens, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Medienschaffende sowie der Zugang zu Bildung für breite Bevölkerungskreise. Rechtliche und soziale Mindeststandards dürfen dabei nicht exklusive Rechte der Staatsbürger bleiben, sondern sollten auch den Wanderarbeitern in den Golfstaaten zu Gute kommen.

Anknüpfungspunkte hierfür gibt es bereits, zum Beispiel in Katar, das sich eine beachtliche Pressefreiheit und Medienvielfalt leistet. Diese stößt allerdings auf ein eher geteiltes Echo bei den Nachbarn: Wenn Al-Jazeera

gelegentlich unbequeme Wahrheiten verkündet, fällt die Reaktion der Betroffenen durchaus gemischt aus, und nicht wenige arabische Staaten haben deswegen bereits politischen Druck auszuüben versucht, bislang allerdings vergeblich.

CHANCEN DER EUROPÄER

Europäische Handlungsoptionen und europäische Zielsetzungen müssen beachten, dass alles, was wir in diese Gesellschaften an Regeln und Standards transportieren wollen, dort auch verstanden und verarbeitet werden kann. Eine friedliche Entwicklung in dieser Region setzt außenpolitische Kontinuität und innenpolitische Stabilität voraus. Die Erfahrung zeigt, dass sich eine parlamentarische Demokratie in westlichem Sinn, bei aller Bereitschaft, nicht ohne vorherige Grundlagen etablieren kann. Erfolgreich können Entwicklungen nur sein, wenn in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Bekämpfung des Analphabetismus und Einbeziehung von Frauen in das gesellschaftliche und politische Leben Veränderungen herbeigeführt werden. Die Staaten und ihre Regierungsform sollten dabei jedoch nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden.

ERGEBNIS

Die Europäer haben die Möglichkeit, bei der Modernisierung in der Breite der Gesellschaft zu wirken und die Prozesse beratend zu begleiten. Wir müssen als Vertragspartner verlässlich sein und dürfen keine sprunghafte Politik betreiben. Ein Beispiel: Als der Jemen die Besetzung Kuwaits 1990 durch den Irak nicht eindeutig verurteilen wollte, reagierten die meisten Geberländer mit der Streichung der Entwicklungshilfe. Deutschland dagegen hat seine Unterstützung trotz Meinungsunterschieden in der Irak-Frage ungeschmälert fortgesetzt. Das schafft Verlässlichkeit, das Gefühl, auf gleicher Augenhöhe zu sprechen und als Partner respektiert zu werden.

Eine Europäische Politik mit dem Ziel eines sich stetig vollziehenden Wandels bei gleichzeitiger Stabilität am Golf wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie Zugang zu den Gesellschaften bekommt und deren Veränderung behutsam begleitet. Hier als eine Art Großmacht aufzutreten, sollten wir nach meinem Dafürhalten nicht versuchen. Wir sollten jedoch auch nicht vergessen, dass wir im Nahen Osten aus ureigenem Interesse mehr gefordert sind als andere. Wenn die falschen Regime in der Golf-



Die österreichische EU-Ratsvorsitzende, Außenministerin Ursula Plassnik (re.) und der Außenminister Saudi-Arabiens, Prinz Saud Al-Faisal (li.) auf einer gemeinsamen Sitzung der EU- und GKR-Außenminister am 15. Mai 2006.

region die Macht übernehmen, wenn Fundamentalismus um sich greift, wird es Europa unmittelbar treffen. China, Russland, aber auch die USA müssen sich darüber weniger Gedanken machen. Deswegen ist meine Empfehlung, genau zu beobachten, welche Politik die USA, China und andere Regionen der Welt gegenüber dem Golf betreiben, aber die Linie einer wohlverstandenen europäischen Nachbarschaftspolitik in dieser Region, die die gesellschaftliche Komponente zurückhaltend, aber

zielstrebig einbezieht, nicht zu verlassen. Abschließend kann ich hier mein Bedauern ausdrücken, dass wir im Rahmen unserer notwendigen Sparprogramme die auswärtige Kulturpolitik zu stark zurückgefahren haben. Hier nutzen wir ein gutes Instrument der Einflussnahme nicht ausreichend. Hier besteht eine große Chance, wenn wir nur ein bisschen mehr Geld auf diesem Gebiet in die Hand nehmen.

Konzentration des Weltölangebots im Nahen und Mittleren Osten

	Produktion 2005		Ölreserven 2005	
	Mill. Barrel/Tag	%	Mrd. Barrel/Tag	%
Afrika	9,835	12,0	114,3	9,5
Amerika Nord	13,636	16,5	59,5	5,0
Amerika Süd	6,964	9,0	103,5	8,6
Asien/Ozeanien	8,000	9,8	40,2	3,4
Europa/Eurasien, davon:	17,534	21,7	140,5	11,7
- Russland	9,551	11,8	74,4	6,2
- Kasachstan	1,364	1,7	39,6	3,3
Naher und Mittlerer Osten	25,119	31,0	742,7	61,9
Welt	81,088	100	1200,7	100

Quelle: BP Statistical Review of World Energy, June 2006.

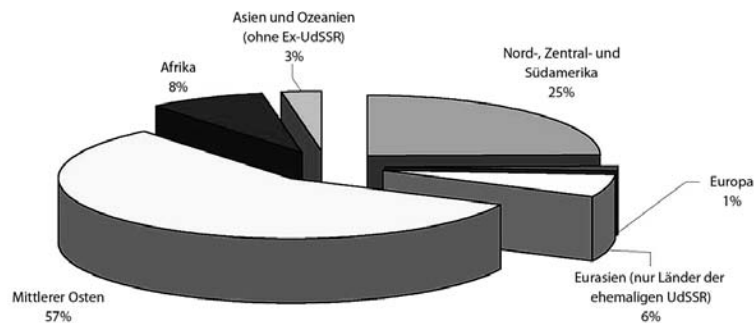
ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

Ingo Wetter

Während der Diskussion ergänzten und verfeinerten die Referenten das Bild der Golfregion. Einigkeit bestand, dass die GKR-Staaten politisch dynamischer und reformbereiter seien als die meisten Staaten der Region. Katja Niethammer unterstrich die unangetastete Position vieler Monarchen und deren damit verbundenen Möglichkeiten einer Moderatorenrolle. Demokratische Ansätze sollten von den Europäern jedoch nicht überbewertet werden. Was Europa unter politischer, wirtschaftlicher und Meinungsfreiheit verstehe, könne nicht ohne Weiteres auf die Region übertragen werden.

Die einseitige Abhängigkeit der GKR-Staaten von Öl und Gas hat nach den Ausführungen von Dr. Eckart Woertz und Hans Leopold von Winterfeldt weiterhin überragende Bedeutung für alle Lebensbereiche. Von beiden Referenten fehlte jedoch nicht der Hinweis, dass sich die Staaten der Golfregion bereits heute auf die Zeit nach Erschöpfung der Rohstoffquellen vorbereiten und nach alternativen, zumeist regenerativen Energiequellen suchen sollten.

Josef Braml wies eindrücklich auf den steigenden Energiebedarf der USA, Chinas und Indiens hin. Damit verbunden sei eine wachsende Bedeutung Irans als Rohstofflieferant und möglicher Störfaktor. Strategisch sei der Iran in der Lage, jederzeit wichtige Transportwege zu blockieren. Der Iran wird nicht zuletzt deswegen nach Meinung aller



Referenten von den Golfstaaten als Bedrohung angesehen. Obwohl der GKR im Kern als militärisches Schutzbündnis konzipiert worden sei, fehle es den GKR-Staaten jedoch letztlich an militärischer Potenz. Deshalb seien sie weiterhin auf die Hilfe der USA angewiesen.

Diskussionen entzündeten sich in der Bewertung des Gehörten: In einem kurzen Exposé äußerte sich Dr. Volkmar Köhler, Staatssekretär a.D. des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), zu möglichen Handlungsoptionen für die KAS: Nach dem Gehörten und aus eigener Erfahrung riet er, behutsam vorzugehen. Der weltweit eingesetzte „Baukasten der Demokratieförderung“ sei manchmal nicht individuell genug. Gerade im Falle der GKR-Staaten seien komplexe Fragen zu beantworten, vor allem, inwiefern durch die wirtschaftliche Entwicklung heranwachsende Gesellschaftsschichten in der Lage seien, ihre eigenen Interessen wahrzunehmen und politisch durchzusetzen.

Generell stelle sich mit Blick auf die Region die Frage, ob vorhandene Kräfte des politischen Wandels nachhaltig gefördert werden könnten. Ansätze sah Köhler vor allem im Bildungs- und im Rechtsstaatsbereich. Bei einem Einstieg gehe es jedoch zuallererst darum, Rechtssicherheit für Investoren zu erreichen. Die Anfragen aus den Staaten selbst sprächen deutlich für diesen Schwerpunkt. Die KAS sei aufgefordert, in ihrem Baukasten nach den geeigneten Instrumenten zu suchen, diese anzupassen und gegebenenfalls neue zu entwickeln.

Dr. Hardy Ostry, Leiter des Regionalprogramms Nahost-Mittelmeer der Konrad-Adenauer-Stiftung, fokussierte weg von der allgemeinen Diskussion hin zu den Fragestellungen, die von Vertretern aus der Golf-Region selbst in die internationale Diskussion eingebracht sowie in Form kon-



Die Referenten des Podiums im Rahmen der Konferenz.

kreter Anfragen an die KAS herangetragen wurden. Er untermauerte mit Beispielen die Modernisierungs- und Öffnungsstrategien, die derzeit in den Golfstaaten zu beobachten seien und arbeitete Schwerpunkte heraus, die vor Ort thematisiert werden.

Zahlreiche Golfstaaten würden momentan groß angelegte Modernisierungs- und Öffnungsstrategien in den entwicklungspolitischen Kernbereichen Bildung und Erziehung implementieren. Dazu zählen das Education City-Projekt der Qatar Foundation, das auf eine Ansiedelung der besten US-amerikanischen und europäischen Universitäten abziele, und die mit einem Kapitalstamm von über zehn Milliarden Dollar ausgestattete *Al Maktoum Foundation for Promoting Multiculturalism*, die in den nächsten Jahren Pionierprojekte im Bereich Bildung und Erziehung unterstützen soll: All diese Beispiele verdeutlichten, dass die Region nicht nur ökonomisch oder architektonisch zu einer Aufholjagd angesetzt habe, sondern dass sich viele Entscheidungsträger durchaus der Bedeutung einer nachhaltigen Entwicklung von Humankapital bewusst seien. Dabei gehe es ihnen darum, jungen Menschen in ihren Ländern zu ermöglichen, traditionelle kulturelle Werte mit gesellschaftspolitischen Modernisierungsanforderungen in Übereinstimmung zu bringen.

Darüber hinaus seien sich die politischen Führungen der meisten Staaten durchaus bewusst, dass sie mittel- bis langfristig tragfähige Alternativen zu ihren bisher aus fossilen Energieexporten finanzierten sozialen Siche-

nungssystemen entwickeln müssten. Da man die Endlichkeit dieser Energiereserven sehr wohl kenne, suche man nach neuen Wegen, um den sozialen Frieden zu erhalten. Dies könne etwa den Auf- und Ausbau eines beitragsgestützten Sozial-, Renten- und Gesundheitssystems beinhalten. Die KAS sei daher gebeten worden, dies am deutschen Beispiel zu erläutern.

Schließlich sei man sich immer mehr darüber klar, dass ertragreiche Investmentperspektiven von verlässlichen rechtlichen Rahmenbedingungen begleitet werden müssten, die diese Investitionen absichern. Hier böte sich für die KAS als Anknüpfungspunkt an, über das vorrangig ökonomisch besetzte Thema der Rechtssicherheit das weiter gefasste Thema der Rechtsstaatlichkeit zu verankern. Dieses Thema werde in den nächsten Jahren weiter an Bedeutung gewinnen, nicht zuletzt mit Blick auf das zwischenzeitlich unterschrittsreife Abkommen zur Etablierung einer Freihandelszone zwischen der EU und den GKR-Staaten.

Ein letzter wichtiger Bereich für ein weiter gehendes Engagement der Stiftung stelle der Medien-Bereich dar. Insbesondere bei den großen Satellitennetzwerken seien erhebliche Kooperationspotentiale vorhanden, wobei aktuelle Medienprojekte wie die Dubai Media City weit über das Format von Al Dschasira hinaus gingen. Insgesamt sei zu konstatieren, dass die Staaten der Golfregion mehr journalistische Freiheiten zuließen als viele andere Staaten der Arabischen Welt, was auch erklären möge, warum die Golf-Staaten für viele arabische Journalisten als Ausbildungs- und Arbeitsplatz so attraktiv geworden seien.

Insgesamt, so Ostry, sollten vier Arbeitsbereiche im Mittelpunkt der Stiftungsarbeit stehen: Die immensen wirtschaftlichen Wachstums- und Entwicklungsprozesse in der Region ließen ordnungspolitische Fragestellungen und die Beachtung der Prinzipien von *Good Governance* immer entscheidender werden, wenn Stabilität und Entwicklung nachhaltig zusammenwirken sollten. Daher müsse die Aufmerksamkeit stärker auf die rechtlichen und ordnungspolitischen Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns gelegt werden. Zudem müsse die Region, die sich zunehmend auch zur wirtschaftlichen Drehscheibe zwischen Asien, dem Nahen Osten und Europa entwickelt, durch entsprechende Strukturen in die Globalisierung eingebunden werden. Die KAS könne hier – gerade mit Blick auf ihre Expertise in ordnungspolitischen Grundsatzfragen – einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie Foren des Dialoges anbiete, Entschei-

dungsträger aus Politik und Wirtschaft zusammenbringe und sie in globale Netzwerke einbinde.

Nach dem Vorbild der EU hätten die GKR-Staaten einen regionalen Integrationsprozess zur Sicherung von Stabilität und der Vermeidung von Hegemonieansprüchen eines der Mitglieder bzw. benachbarter Staaten begonnen. Dieser Prozess sei von entscheidender Bedeutung für Europa und Deutschland und entspringe dem gleichen Interesse, Hegemonieansprüche abzuwehren. Die Mitgliedsstaaten des Golf-Kooperationsrates suchten nach Expertise und Erfahrung, wie derartige Prozesse politisch und wirtschaftlich zu gestalten und zu steuern seien. Als anerkannt fairer Unterhändler könnten und müssten Europa und Deutschland hier ihren Beitrag leisten. Die KAS könne mit ihrer Expertise insbesondere im Bereich der Sicherheits- und Außenpolitik einen Beitrag zur Formulierung einer regionalen Sicherheitsarchitektur in der Golf-Region leisten, indem sie Think Tanks der Region und aus Europa miteinander vernetze, regelmäßige Gesprächsforen von Entscheidungsträgern und Experten durchführe und somit den Prozess moderierend begleite.

Bildung und Erziehung bildeten eine zunehmend wichtiger werdende Rolle in den Staaten der Golf-Region. Auch die konservativen Herrscherhäuser hätten eingesehen, dass zur Zukunftssicherung neben finanziellen Möglichkeiten auch der Aufbau eines wettbewerbsfähigen Bildungs- und Erziehungssystems gehöre. Dies würde auch politisch eine Dividende bringen: Nach wie vor sei die Golf-Region noch weit entfernt von einem partizipativen Demokratisierungsprozess. Doch die Kombination aus einer großen, jungen und aufstrebenden Bevölkerung mit immer größeren Bildungschancen werde auch die Golfmonarchien dazu bringen, größere Offenheit und Repräsentation nicht nur zuzulassen, sondern auch zu fördern. Für die KAS bedeute dies, dass sie partizipative Ansätze zum Aufbau einer Zivilgesellschaft insbesondere unter jungen Menschen verstärkt fördern sollte. Diese Ansätze seien beispielsweise im Bereich der Menschenrechte, aber auch im Medienbereich vorhanden.

Gerade angesichts des boomenden Medien- und Dienstleistungsbereichs komme ein weiteres wichtiges Charakteristikum der Region zum Vorschein: Aufgrund der zahlreichen Medienstandorte hätten sich die Golf-Länder in vielerlei Hinsicht zum Leitbild und Transmitter für Journalisten aus der gesamten arabischen Welt entwickelt. Zum einen liege dies an den attraktiven Arbeitsbedingungen, zum anderen sicherlich auch an

dem Mehr an journalistischer Freiheit, das die meisten Golf-Staaten im Vergleich zu manchem Nachbarstaat im Nahen Osten auszeichne. Dubai Media-City u.a. Standorte würden so zur Lernwerkstatt für aufstrebende Journalisten. Hier mit geeigneten Maßnahmen zur Fortbildung von Journalisten im Bereich Politik und Wirtschaft beizutragen, würde mittel- bis langfristig bedeuten, entscheidende Multiplikatoren in der gesamten arabischen Welt und darüber hinaus zu gewinnen.

Ein Engagement der KAS in den genannten Bereichen würde nicht nur zur Verstärkung und Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen Deutschland zu einer immer bedeutender werdenden Weltregion beitragen, sondern auch innovativ neue Wege im Bereich der internationalen Zusammenarbeit aufzeigen und die nachhaltige Entwicklung der Region fördern.

HERAUSGEBER, AUTOREN UND REDAKTEURE



Dr. Josef Braml, seit Oktober 2006 Leiter der Redaktion des „Jahrbuchs Internationale Politik“ bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Mitarbeiter im Programm USA/Transatlantische Beziehungen. Interdisziplinäres Studium der Sprachen, Wirtschafts- und Kulturräume an der Universität Passau, Promotion in Politikwissenschaft an der Universität Passau. Weitere Stationen: Congressional Fellow der American Political Science Association (APSA) und legislativer Berater im US-Abgeordnetenhaus 1997-1998, Guest Scholar der Brookings Institution 1998-1999, Consultant der Weltbank 1999, Visiting Scholar am German-American Center 2000, Projektleiter des Aspen Institute Berlin 2001, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik 2002-2006.



Dr. des. Steffen Erdle, seit 2006 Länderreferent im Regionalteam Afrika/Naher Osten der Hauptabteilung für Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung Berlin. Magister Artium in Islamwissenschaft, Politikwissenschaft und Neuere & Neueste Geschichte der Albrecht-Ludwigs-Universität Freiburg. Promotion in Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität Berlin. Diplom in Europastudien der Université Catholique de Louvain, Belgien. Diploma Superior der Escuela Oficial de Idiomas, Salamanca, Spanien. Weitere Stationen: Stagiaire in der Generaldirektion Außenbeziehungen der Europäischen Kommission. EU-Referent im Brüsseler Büro der European Grouping for International Trade Promotion (GEPCI) 1999-2000. Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsprojekt „Elite Change in the Arab World“ der Stiftung Wissenschaft & Politik (SWP) 2001-2003. Fachberater für EU-Mittelmeerpolitik im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) 2004-2005.



Dr. Hanns Günther Hilpert, seit 2002 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität des Saarlandes, Promotion in Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin. Weitere Stationen: Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung – Studienstelle Japan und Asien 1989-1999 sowie am Deutschen Institut für Japanstudien, Tokio 1999-2002.



Joachim Hörster MdB, Jurist und Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1987. 1983-1987 Mitglied des Landtages in Rheinland-Pfalz, 1992-2000 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Rheinland-Pfalz, alternierender Vorsitzender des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, Leiter der Deutschen Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und Vorsitzender der Parlamentariergruppe Arabischsprachige Staaten des Nahen Ostens.



Dr. des. Katja Niethammer, seit 2004 Stipendiatin der Fritz Thyssen-Stiftung an der Forschungsgruppe Naher / Mittlerer Osten und Afrika der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Studium der Islamwissenschaft und Kommunikationswissenschaft an der Freien Universität Berlin. Promotion in Islamwissenschaft. Weitere Stationen: Kulturmanagerin Haus der Kulturen der Welt 1997-2000, Kulturmanagerin Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck 2000-2001, Koordinatorin des interdisziplinären Zentrums „Bausteine zu einer Gesellschaftsgeschichte des Vorderen Orients“ an der FU Berlin 2001-2004.



Dr. Hardy Ostry, seit 2008 Teamleiter Afrika und Naher Osten in der Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Studium der Politikwissenschaften, Theologie und Literaturwissenschaften an den Universitäten Trier und Jerusalem. Promotion in Zeitgeschichte. Weitere Stationen: Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität Trier 1998-2001, Auslandsmitarbeiter der KAS in Benin 2001-2003 sowie in Tunesien und Algerien 2003-2005, Leiter des Regionalprogramms Nahost/Mittelmeer der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) mit Sitz in Amman und Tunis 2005-2007.



Dr. Gerhard Wahlers, seit 1990 Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung. In den Jahren 1994 bis 1996 Leiter des Auslandsbüros in Jerusalem und von 1997 bis 2003 der Außenstelle in Washington. Seit Mai 2003 Leiter der Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit und seit Oktober 2007 zusätzlich Stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung.



Hans-Leopold von Winterfeld, Regierungsdirektor im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi), seit 2007 stv. Referatsleiter für Afrika südlich der Sahara, Agrarpolitik, Spezielle Fragen der Handelspolitik Abschluss zum Diplom Kaufmann an der Universität Köln, Mitarbeiter des BMWi seit 1994. Weitere Stationen: Wirtschaftsreferent an der Deutschen Botschaft in Washington DC/USA 1997-1998, Mitglied der Leitung von Invest in Germany GmbH 1998-2003, Mitarbeiter im Sherpa-Stab des BMWi 2003-2005, Stv. Referatsleiter für Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten 2005-2007.



*Dr. Ingo Wetter,
Studium der Rechts- und Geschichtswissenschaften
an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen und
Friedrich-Schiller Universität Jena, Promotion über
Deutsches Verfassungsrecht in Tübingen, 2004.
Weitere Stationen: Mitarbeiter im Büro Ursula Schlei-
cher MdEP 2002, Pressestelle Staatsministerium
Stuttgart 2003, stv. Abteilungsleiter der Metro-Gruppe
2003-2005. Seit 2005 freier Journalist.*



*Dr. Eckart Woertz,
seit 2006 Leiter des Programmbereichs Wirtschaft am
Gulf Research Center (GRC) in Dubai. Studium der
Politischen Wissenschaften, Volkswirtschaftslehre und
Islamwissenschaft an den Universitäten Erlangen-
Nürnberg und Damaskus. Promotion über Struktur-
anpassungspolitik in Ägypten. Weitere Stationen:
Financial Consultant bei MLP Financial Services 1999-
2000, Institutional Sales, Delbrück & Co 2000, Senior
Institutional Sales, Landesbank Rheinland-Pfalz, 2002-
2003, Vice President, CFC Seymor, Dubai 2004-2006.*